

Stand: 13.05.2026 16:25:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13880

"Berufschancen für Studierende schaffen - Masterplatz-Knappheit beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13880 vom 26.10.2016
2. Mitteilung 17/14273 vom 10.11.2016



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger, Kathi Petersen, Susann Biedefeld SPD**

Berufschancen für Studierende schaffen – Masterplatz-Knappheit beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der angespannten Masterplatzsituation an den bayerischen Hochschulen, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst einen schriftlichen und mündlichen Bericht über die Entwicklung des Masterplatzangebots der letzten fünf Jahre zu geben.

Insbesondere soll bei der Berichterstattung auf die Masterstudienfächer der Wirtschaftswissenschaften und der Psychologie eingegangen und sollen die folgenden Sachverhalte dargestellt werden:

1. die Entwicklung der Zugangsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge an den oben genannten Einrichtungen in den letzten fünf Jahren;
2. das Verhältnis von Absolventen und Absolventinnen der Bachelorstudiengänge an den oben genannten Einrichtungen im Verhältnis zu den Masterstudienplätzen;
3. eine Stellungnahme zu der von den europäischen Fachgesellschaften für Psychologie geäußerten Notwendigkeit eines Master-Abschlusses in Psychologie als Voraussetzung für eine uneingeschränkte selbständige psychologische Berufstätigkeit in verschiedenen Berufsfeldern und die nicht ausreichende Qualifizierung des Bachelor-Abschlusses in Psychologie für die Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten als auch für andere Formen der Weiterbildung;
4. die Erkenntnisse der Staatsregierung über Berufsperspektiven von Bachelorabsolventen der Universitäten in betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und psychologischen Studienfächern.

Begründung:

Exemplarisch für die Zerstörung von Berufsperspektiven durch ein zu knappes Angebot von Masterstudienplätzen in Bayern steht die Streichung von etwa einem Drittel der Masterstudienplätze im Fach Psychologie zum Wintersemester 2016/2017 an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Mehrere Absolventen und Absolventinnen des Bachelorstudiengangs Psychologie können so ihre benötigte universitäre Ausbildung nicht weiter fortführen. Nach dem Verständnis der europäischen Fachgesellschaften für Psychologie qualifiziert der Abschluss Bachelor of Science in Psychologie jedoch nicht für eine unabhängige, selbständige psychologische Berufstätigkeit. Sowohl für die Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten als auch für andere Formen der Weiterbildung ist ein Masterabschluss absolute Zugangsvoraussetzung. Durch den Bericht der Staatsregierung sollen Ausmaß und Folgen der Masterplatzknappheit in Bayern bewertet werden und dem Landtag so die Möglichkeit gegeben werden, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.



Mitteilung

**Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. SPD**

Drs. 17/13880

**Berufschancen für Studierende schaffen - Masterplatz-Knappheit
beenden**

Der Antrag mit der Drucksachenummer 17/13880 wurde zurückge-
zogen.

Landtagsamt